

Fremdgehen mit dem Handynetz

Ausländische Funkmasten senden teils über 20 Kilometer ins Landesinnere der Schweiz – eine Kostenfalle. Der Grund: In den Nachbarländern sind die Strahlungsgrenzwerte viel weniger streng.

Sven Allematt

BERN. Eine Biketour auf der zweiten Jurakette im Mittelland kann zu einem Ausflug nach Frankreich werden – zumindest für das Handy. Obwohl die Landesgrenze weit über 20 Kilometer entfernt ist und ein paar Talschaften dazwischen liegen. Der Bündner CVP-Nationalrat Martin Candinas staunte jedenfalls nicht schlecht, als er jüngst auf einer Biketour im Herzen des Kantons Solothurn unterwegs war. Auf der Strecke zwischen dem Balmberg und dem Weissenstein, rund 1200 Meter über Meer, blinkte plötzlich ein sonderbares SMS auf seinem Handy auf. «Willkommen in Frankreich!», stand darin. Sein Gerät hatte sich in ein ausländisches Netz eingewählt.

Wer direkt an der Landesgrenze wohnt, kennt das Problem: Mobilfunksignale machen an der Grenze nicht halt. Handys wählen sich mitunter lieber ins fremde statt ins heimische Netz ein. Denn die Strahlung ausländischer Mobilfunkantennen ist so stark, dass sie in die Schweiz hineinreicht.

Aber bis ins Mittelland? Betreiber von Bergwirtschaften in der Region und Ausflügler im Solothurnischen kennen das Problem nur zu gut. Auch eine Wanderung auf der ersten Jurakette im Naturpark Thal wird auf weiten Strecken zu einem europäischen Rendezvous. Nebst dem französischen Handynetz ist hier sogar jenes aus Deutschland besser zu empfangen. Luftlinienmässig sind es fast 25 Kilometer bis zur Grenze.

Auch anderswo im Landesinnern überschneiden sich schwächere Schweizer Netze mit Netzen aus dem Ausland, so etwa auf Erhöhungen im Baselbiet und im Thurgau. Oder in der Surselva. In seiner Heimat war Martin Candinas auf den Ski unterwegs. Auf dem Dachberg ob Vals konnte sein Handy nur italienisches Netz empfangen – trotz der noch immer beachtlichen Entfernung von 17 Kilometern ins südliche Nachbarland.

Wie ist es möglich, dass sogar weit im Landesinneren eine ausländische Antenne eine hiesige wortwörtlich überstrahlt? Candinas stellt fest: «Während wir über 5G-Antennen und Strahlungsgrenzwerte diskutieren, strahlen ausländische Netze weit in die Schweiz

hinein.» Das Problem ist seit Jahrzehnten ungelöst. Tatsächlich haben die Anbieter anderer Länder gegenüber hiesigen einen Vorteil. Ihre Antennen dürfen viel stärker strahlen. In der Schweiz gelten bis zu zehnmal strengere Grenzwerte für Mobilfunkanlagen.

Keine Hindernisse für Strahlen

Handys buchen sich gewöhnlich automatisch in das Netz ein, dessen Signalstärke am höchsten ist. Nicht eine Landesgrenze, sondern der optimale Empfang ist das entscheidende Kriterium. Im Nachteil sind Gemeinden mit schwacher Abdeckung durch Schweizer Netze.

Das zuständige Bundesamt für Kommunikation (Bakom) verweist auf topografische Begebenheiten. «In Höhenlagen können ausländische Netze mehrere Kilometer weit in die Schweiz einstrahlen», sagt ein Sprecher. Hier stellt sich den ausländischen Strahlen schlicht kein Hindernis in den Weg. Möglich ist zudem, dass sich die Signale verschiedener Anbieter gegenseitig stören. Darauf verweist eine Sprecherin des Branchenprimus Swisscom. «Diese unbefriedigende Situation beruht primär auf den international festgelegten zulässigen Pegeln für Mobilfunk entlang der Grenzen», erklärt sie. Die Kunden spüren solche Frequenzstörungen, wenn ihr Handyempfang eingeschränkt ist oder sich ihr Gerät eben in ein fremdes Netz einwählt.

Wie viele Nutzer regelmässig von ausländischen Handystrahlen gestört werden, kann die Swisscom nicht beziffern. Man sei sich aber des Problems bewusst und «im regelmässigen Austausch mit den ausländischen Anbietern, um innerhalb des gesetzlichen Rahmens die Einschränkungen für die Kunden zu minimieren», betont die Sprecherin weiter.

Eigentlich regeln Vereinbarungen zwischen den Staaten, dass sich die Netzbetreiber möglichst wenig in die Quere kommen. In der Schweiz verwaltet das Bakom die Frequenzen. Es könnte sich an die Behörden der Nachbarländer wenden – mit der Aufforderung, dass deren Netzbetreiber die Leistungen ihrer Antennen nach unten schrauben müssen. Aber zum einen ist jedes Land frei, seine Grenzwerte festzulegen. Und zum anderem lassen sich



Ausländische Handystrahlen stören Schweizer Nutzer.

BILD KEY

Überreichweiten aus physikalischen Gründen eben nicht vermeiden.

5G-Antennen lösen Problem nicht

Kunden können wegen des unfreiwilligen virtuellen Grenzübertretts in eine Kostenfalle tappen. Wer nicht aufpasst, für den kann das je nach Handyabo ganz schön teuer werden. Verantwortlich dafür sind die Roaminggebühren, die ausländische Anbieter für die Weiterleitung von Gesprächen und Daten verlangen. Surfen, Texten und Telefonieren werden dann verrechnet, als befände man sich tatsächlich in einem anderen Land. Immerhin: In immer mehr Handyabos ist Roaming im europäischen Ausland inkludiert. Für die Mehrheit der Abokunden sei dies kein Thema mehr, sagt die Swisscom-Sprecherin.

Allen anderen wird empfohlen, das Netz über die Handyeinstellungen manuell auszuwählen. Das macht jedoch nur Sinn, wenn tatsächlich ein hiesiger Anbieter zur Verfügung steht – was oft nicht der Fall ist.

Selbst 25 Kilometer hinter der Landesgrenze wählen sich Handys noch in ausländische Netze ein.

Die betroffenen Höhenlagen im Landesinnern sind meist eher dünn besiedelt, entsprechend schwach ist tendenziell die Netzabdeckung. Das Nachsehen haben Ausflügler. Solange die einheimischen Anbieter nicht selbst für eine Verbesserung sorgen, dürften sich die Netze weiterhin überschneiden. Um das zu kompensieren, müssten sie viel mehr Antennen aufstellen. Das lohnt sich kaum und dürfte vielerorts ohnehin auf Widerstand stossen.

Entschärft werden könnte das Problem auch mit höheren Grenzwerten für die Strahlenbelastung. Aber hier bremst die Politik. Bundesrat und Parlament haben sich mit Blick auf den umstrittenen Mobilfunkstandard 5G jüngst dagegen ausgesprochen, die Grenzwerte zu lockern. Die Antennen der neusten Generation werden somit ebenfalls aus den Nachbarländern in die Schweiz ausstrahlen. Das Bakom bestätigt: «5G wird dieses physikalische Problem nicht lösen.»

Stichwahl in Polen nötig

Amtsinshaber Andrzej Duda gewinnt die erste Runde der Präsidentenwahl, Herausforderer Rafal Trzaskowski sorgt für eine Überraschung. Für die zweite Runde in zwei Wochen wird mit einem knappen Kopf-an-Kopf-Rennen gerechnet.

Paul Flückiger

POSEN. Polens Amtsinhaber Andrzej Duda hat laut den Nachwahlbefragungen des Meinungsforschungsinstituts Ipsos die erste Runde der Präsidentenwahlen mit über 40 Prozent der Stimmen klar gewonnen. Auf den zweiten Platz kam wenig überraschend der liberale Herausforderer Rafal Trzaskowski von der oppositionellen Bürgerkoalition.

Er will ein anderes Polen

Dass wohl es im ersten Durchgang für Duda nicht reichen würde, zeichnete sich bereits im Laufe des Wahlsonntags ab, etwa in der Wirtschaftsmetropole Posen. Auf dem Weg ins Wahllokal im Technikum für Informatik und Telekommunikation hingen viele Plakate für Trzaskowski von der liberalen Bürgerkoalition (KO) an den Gartenzäunen. An manchen Einfamilienhäusern prangte auch der unabhängige Szymon Holownia, ein weltoffener katholischer TV-Showmaster. Der polnische Wolodymyr Selenksi, wie Holownia gerne genannt wird, ist in Posen ebenfalls beliebt, Werbeplakate für Amtsinhaber Duda sah man dagegen rund um das

Wahllokal keine. Immer wieder stauten sich die Wähler am Eingang des Technikums, denn wegen Corona achtet die Wahlkommission genau auf die Social-Distancing-Massnahmen. Nur wenige Wähler dürfen gleichzeitig in den beiden sich hier befindlichen Wahllokale sein. «Ich bete schon seit Tagen für Dudas Sieg», berichtet Frau Danuta in der Warteschlange. Die 80-Jährige hat zeitlebens hart gearbeitet und das Gefühl, Jaroslaw Kaczynskis Partei Recht und Gerechtigkeit (PIS) sei die erste, die wirklich etwas für die Polen geleistet habe. «Dass diese Schädlinge der PO nun den Präsidenten stellen, kommt nicht in Frage», sagt die Rentnerin.

Noch weiter hinten in der Schlange steht Piotr G., Mitte dreissig, zwei Kinder. «Für mich ist völlig klar: Nur Trzaskowski hat meine Stimme verdient», sagt der Akademiker. «Ich will nicht mehr in einem Polen leben, das von der ganzen Welt verlacht wird», sagt der junge Mann und verweist auf Verfassungsbrüche des Amtsinhabers Duda. «Wer die Gewaltenteilung mit seiner Unterschrift aushebelt, sollte nicht mehr kandidieren dürfen», sagt der Anhänger der Liberalen. Frau Ewa hat es



Kam aus dem Nichts: Herausforderer Rafal Trzaskowski.

BILD KEY

gerade geschafft, ihre Stimme im Wahllokal Nummer 69 abzugeben, nun reiss sie sich die Maske wieder vom Gesicht und tritt auf den abschüssigen flimmernd heissen Vorplatz. Sie habe ihre

Stimme gerade Holownia gegeben, sagt die 50-Jährige. «Wenn er in die Endrunde kommt, stimme ich noch mal für ihn; wenn es aber Trzaskowski sein sollte, der in der Stichwahl gegen Duda antritt, bekomme Duda meine Stimme», sagt sie.

Für die zweite Runde in zwei Wochen wird mit einem knappen Kopf-an-Kopf-Rennen gerechnet. Dabei werden sich das liberale, weltoffene, EU-freundliche Polen und das konservative, globalisierungs- und EU-kritische Polen gegenüberstehen. Es geht also um eine Richtungs- und EU-kritische Polen gegenüberstehen. Wichtig für die Siegeschancen des liberalen Trzaskowski, der als Staatspräsident Kaczynskis autoritären Staatsumbau im Gegensatz zu Duda hintertreiben möchte, ist vor allem auch das Abschneiden Holownias (unabhängig) und des rechtsextremen Krzysztof Bosak (Konföderation).

Bosak, dem gewisse Institute bis zu zehn Prozent zubilligen, hat sich im Wahlkampf weltanschaulich immer konservativ gegeben, wirtschaftlich hingegen liberal. Beobachter rechnen damit, dass Bosaks rechtsextreme «Konföderation» im zweiten Wahlgang das Zünglein an der Waage sein könnte.